

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 80 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Postzahlen 1/2 P. oberhalb der Hauptnummern 1 P. im amtlichen Teil (aus von Gebühren) die Zeile 200 P. — Einzelzahl und Reklamen 300 P.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 276.

Sonnabend den 26. November 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Wahl der Vertrauens- und Ersatzmänner für die Angestellten-Versicherung.

Das Arbeitsministerium hat für die Wahlen der Vertrauens- und ihrer Ersatzmänner in der Angestelltenversicherung den Bezirk der Stadt Dippoldiswalde mit dem Bezirk der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde vereinigt und zwar dergeßtalt, daß die Geschäfte für beide Bezirke von der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde geführt werden.

Die Wahl findet statt für die Arbeitgeber und für die Angestellten **am Sonntag den 8. Januar 1922 von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags**

Der Wahlkreis, umfassend die Stadt und den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, wird in die Stimmbezirke A, B, C, D, E und F eingeteilt.

Stimmbezirk A umfaßt die Stadt Dippoldiswalde sowie die Ortschaften des Amtsgerichtsbezirks Dippoldiswalde außer denjenigen, die den Stimmbezirken B, C und D zugeeilt sind.

Stimmbezirk B umfaßt die Ortschaften Bärenklau-Raußsch, Börschen bei Postendorf, Theisewitz-Bröschen-Rieba, Gombßen, Hausdorf, Hänichen, Hermsdorf bei Dipp., Kleincarsdorf, Kreischa mit Rittergut, Lungwitz mit Rittergut, Postendorf, Quohren, Saída, Wendischcarsdorf, Wilmsdorf mit Rittergut, Wittgensdorf und Rittergut Jchsdwitz.

Stimmbezirk C umfaßt die Orte Bärenfels, Dönschen, Raundorf, Niederpöbel, Ripsdorf, Obercarsdorf und Schmiedeberg mit Rittergut.

Stimmbezirk D umfaßt den Amtsgerichtsbezirk Rauenstein sowie die Orte Johnsbach und Schlotwitz.

Stimmbezirk E umfaßt den Amtsgerichtsbezirk Altenberg, außer den Orten Bärenfels und Dönschen.

Stimmbezirk F umfaßt den Amtsgerichtsbezirk Frauenstein.

Gewählt wird: für Stimmbezirk A in Dippoldiswalde im Gasthof „zur Sonne“, für Stimmbezirk B in Kreischa im Gasthof „zum Erbgericht“, für Stimmbezirk C in Schmiedeberg im Gasthof „zur Post“, für Stimmbezirk D in Glaschütte im „Bahnhofsgasthof“, für Stimmbezirk E in Altenberg im Gasthof „zur Post“, für Stimmbezirk F in Frauenstein im Gasthof „zum Löwen“.

Es sind 6 Vertrauens- und 12 Ersatzmänner zu wählen. Die Vertrauens- und Ersatzmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die Nichtarbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt.

Die Vertrauens- und Ersatzmänner aus den Arbeitgebern werden von den Arbeitgebern der versicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten Angestellten gewählt.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, **Vorschlagslisten** für die Wahl bis spätestens 3 Wochen vor dem Wahltag, also bis zum 18. Dezember ds. Js., bei der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde als Wahlleiter einzureichen.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die versicherten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens soviel Namen enthalten, als Vertrauensmänner und Ersatzmänner zu wählen sind, sie darf höchstens die doppelte Zahl solcher Namen aufweisen.

Die Vorgesetzten sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Mangels anderer ausdrücklicher Erklärung wird angenommen, daß die an erster Stelle aufgeführten als Vertrauensmänner vorgeschlagen werden.

Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters unterschrieben sein.

Die Vorschlagsliste soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, nach unterscheidenden Merkmalen kenntlich machen.

Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden oder wenn sie nicht vorschriftsmäßig unterschrieben sind und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den Vorschlagslisten anderer Wählervereinigungen gegenüber als eine einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die bevollmächtigten Vertreter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des 11. Tages vor dem Wahltag die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten

miteinander verbunden sein sollen. Andernfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den versicherten Angestellten bis zum 18. Dezember ds. Js. nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet für die betreffende Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig verzeichneten Personen gelten dann in der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlags als von dieser Gruppe gewählt.

Es kann nur für unvoränderte Vorschlagslisten gestimmt werden; auch die Reihenfolge der Vorgesetzten in der Vorschlagsliste darf nicht geändert werden.

Die Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 23. November 1921.

Wahlen zum Wasseramte.

Gemäß § 158 des Wassergesetzes in Verbindung mit § 50 der Ausführungsverordnung sind für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1927 zwei Mitglieder des für den Bezirk der Amtshauptmannschaft gebildeten Wasseramtes und ihre Stellvertreter durch die Mitglieder der nach § 65 des Wassergesetzes bestehenden Unterhaltungsvereinigungen zu wählen.

Das Wahlrecht kann nur persönlich, für juristische Personen und solche Personen, die geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind, durch einen gesetzlichen Vertreter, für jede beteiligte Staatsverwaltung durch deren Leiter oder einen von der zuständigen Behörde bestimmten Bevollmächtigten und für Eigentümer eines Grundstücks oder einer Anlage durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen aus ihrer Mitte ausgeübt werden.

Weibliche Personen sind berechtigt, sich durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Niemand kann im amtshauptmannschaftlichen Bezirke das Wahlrecht mehrfach ausüben. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel, die mit den Namen der zu Wählenden zu versehen sind und gleichzeitig in einwandfreier Weise erkennen lassen müssen, ob der zu Wählende als Mitglied des Wasseramtes oder als Stellvertreter gewählt werden soll. Jeder Stimmzettel hat also je zwei Namen für die wirklichen Mitglieder und je zwei Namen für die Stellvertreter zu enthalten.

Stimmzettel, die Mitglieder und Stellvertreter als solche nicht oder nicht genügender Anzahl benennen oder die Personen der zu Wählenden nicht erkennen lassen oder die Namen nichtwählbarer enthalten, sind insoweit ungültig. Enthält ein Stimmzettel mehr Namen als Personen in jeder der beiden Gruppen (Mitglieder — Stellvertreter) zu wählen sind, so gelten die in der Gruppe zuerst geschriebenen Namen wählbarer Personen.

Wählbar sind nur selbständige, männliche Personen, welche die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen und im Sinne der Gemeindeordnungen unbescholten sind. (Im übrigen vergl. § 13 Abs. 4 des Organisationsgesetzes.)

Als gewählt gelten diejenigen Personen, welche die relative Stimmenmehrheit erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Das Amt eines Mitgliedes des Wasseramtes ist ein Ehrenamt. Die Amtsdauer beträgt 6 Jahre.

Die Wahlen finden im Sitzungszimmer der amtshauptmannschaftlichen Nebenstelle

Mittwoch, den 7. Dezember 1921,

vormittags von 10—11 Uhr

statt.

Die von der Bezirksversammlung gesetzlich vorzunehmende Wahl ist noch nicht erfolgt.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 22. November 1921.

Gebührensätze der Leichenfrau.

Die der hiesigen Leichenfrau zustehenden Gebühren betragen ab 1. Dezember d. J. bei Begräbnissen nach Stufe I: in der Stadt Dipp. 60 M., auf dem Lande 70 M. Stufe II: in der Stadt Dipp. 50 M., auf dem Lande 60 M. Stufe III: in der Stadt Dipp. 40 M., auf dem Lande 50 M. Stufe IV: in der Stadt Dipp. 24 M., auf dem Lande 34 M. Bei Armenbegräbnissen sind die niedrigsten Sätze zu berechnen.

Soweit sich die Heimbürgin bei Bestattung Erwachsener einer Beihilfe bedienen muß, kann sie für diese außer den vorstehend festgesetzten Gebühren noch eine Beihilfengebühr von 12 M. in der Stadt Dippoldiswalde und von 21 M. auf dem Lande erheben. Die Beihilfe leistet in der Regel die stellvertretende Leichenfrau.

Dippoldiswalde, am 23. November 1921. Der Stadtrat

Vertilgung und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am 30. November dieses Jahres läuft die Frist ab, innerhalb welcher ehemalige Kriegsgefangene Anträge auf Vöhrungsbeihilfen und Entschädigung für abgenommene Gegenstände bei den Hilfsausschüssen stellen können. Militärpapiere und Nachweise über die Bedürftigkeit, namentlich über den Arbeitsverdienst, sind den Anträgen beizufügen. Nach einer neueren Verordnung des Reichsfinanzministeriums werden Anträge ehemaliger Kriegsgefangener Sanitäts-soldaten, soweit es sich um Vöhrung handelt, ausschließlich von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin S. W. 11, Königsgrüher Straße 30, bearbeitet. Nur Anträge von Sanitäts-soldaten auf Entschädigung für abgenommene Gegenstände können von den örtlich zuständigen Hilfsausschüssen angenommen und nach Prüfung berücksichtigt werden.

Dippoldiswalde, 25. November. Die vom Bildhauer Buge hier angefertigte Gedenktafel für die Gefallenen des deutsch-französischen Krieges an der Nikolikirche wurde heute vor 50 Jahren vom Kirchenvorstand ohne besondere Feier übernommen.

— Öffentliche Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen im Freistaat Sachsen. Am 7. November fand im Dresden unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Oberle im Beisein von Staatsvertretern eine Vorstandssitzung der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen im Freistaat Sachsen statt. Aus der Tagesordnung sind für die Allgemeinheit folgende Punkte von Interesse: Es wurden die Beitrittserklärungen genehmigt unter anderem der Sparkassen Höckendorf, Preßschendorf und Reinhardtsgrimma. Es gehören nunmehr 246 Spar- und Girokassen der Anstalt als Mitglied an. Es wird ein besonderer Kreditausschuß gewählt zur Prüfung der bei der Anstalt eingehenden Hypothekengesuche. Es wird Kenntnis davon genommen, daß die Anstalt zurzeit über einen Versicherungsbestand an eingelassenen Versicherungen in Höhe von rund 80 Millionen Mark verfügt. Da der Antragszugang fortwährend sehr gut ist, kann damit gerechnet werden, daß die Anstalt ihr erstes Geschäftsjahr mit einem Versicherungsbestand von rund 100 Millionen Mark abschließt.

Reichstädt. Zur Richtigstellung des Berichts über die Gemeinderatswahl sei mitgeteilt, daß die Liste Hayn nicht eine sozialistische war, sondern der Wahlvorschlag der Hausbesitzer und Unangehörigen.

Glaschütte. Vom städtischen Wohlfahrtsamt wird uns geschrieben: August Müller und Hans Streder boten im Oktober dieses Jahres auch in der hiesigen Gegend unter der Firma Müller & Streder, Westdeutsche Strickmaschinen-Industrie, Döllsdorf, Arbeitslosen die Aleserung von Strickmaschinen gegen Hinterlegung von 500 M. und wollten für dauernde Arbeit und Wochenlohn von 300 M. Gewähr leisten. Das Wohlfahrtsamt, dem ein solches Angebot vorgelegt wurde, übergab dieses der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelkriminalität, Lübeck, Königstraße 95. Die von dort angestellten Nachforschungen ergaben, daß Müller und Streder Schwindler sind, denen es nur darauf ankam, die 500 Mark zu erlangen. Geschädigte wollen sich bei der genannten Zentralstelle melden.

Dresden. Vor Eintritt in die Etat-Debatte beschäftigte sich der Landtag am Donnerstag mit einer Anfrage des Abg. Heflein betr. den Besuch katholischer Schulen und Abhaltung von Religionsprüfungen durch den Bischof von Meissen. Abg. Heflein fragt, wie gedenkt die sächsische Regierung das Verbot des Kultusministeriums, Schulen zu besuchen und Religionsprüfungen durch den Bischof abzuhalten, mit dem Artikel 149 der Reichsverfassung, wonach Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft erteilt wird, in Einklang zu bringen. Er erblickt in dem Verbot einen Eingriff des Kultusministeriums in die Rechte der katholischen Kirche, eine kulturelle Kampfanlage. Kultusminister Fleißner beantwortet die Anfrage. Er fordert, daß das Uebergangsgesetz der Schulen von der evangelischen und katholischen Kirche beachtet wird. Ein Reichsschulgesetz gebe es nicht. Das Landesgesetz habe derartige Fragen zu regeln. Das Uebergangsgesetz beseitigt bei Volksschulen jede Religionsprüfung, es bleibt bei der Verordnung. — Zwei Stunden lang beschäftigte sich nun das Haus mit dieser Frage. Die Redner sämtlicher Parteien nahmen hierzu Stellung. Hans Heflein bei der Reden einige Unterstützung, so war seine Partei den schärfsten Angriffen seitens der Linken ausgefetzt. Der Abg. Menke (USP.) verflücht sich sogar in Ausdrücken, die die Persönlichkeit des Bischofs betrafen, daß Vizepräsident Dr. Wagner sich zu einer Abgegendigt sah. Darauf trat das Haus in die Fortsetzung der

Staatsdebatte ein. Sieben Redner fanden noch auf der Liste. Abg. Heßlein benutzte die Gelegenheit, um seine Partei gegen die schärfsten Angriffe hinsichtlich der Reichspolitik von Rechts und Links zu verteidigen, ohne näher auf den Etat einzugehen. Das Haus leerte sich zusehends. Der unabhängige Abg. Schnitz sprach nur noch vor circa 20 Abgeordneten; er brachte nichts neues. Inzwischen war ein Antrag auf Schluß der Staatsdebatte eingegangen. Die Sitzung rief die Abgeordneten zur Abstimmung herein. Geschäftsordnungsmäßig wurde die Abstimmung vollzogen und der Antrag auf Schluß der Debatte mit 34 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Abstimmung über die Haushaltspläne ergab die einstimmige Annahme der Ueberweisung an die Haushaltsausschüsse A und B.

In der Angelegenheit der Selbststellung des angeblichen Tillessen vertritt sich bei den fortwährenden Verhandlungen der Verdacht, daß es sich nicht um den Erzbergermörder Tillessen handelt, sondern um einen Obdachsuchenden. Die nächsten Untersuchungen in dieser Angelegenheit werden endgültige Aufklärung ergeben.

Pirna. Bei der hiesigen Amtshauptmannschaft macht sich infolge der Zunahme der Geschäfte ein Erweiterungsbau erforderlich. Man hofft dadurch die bisher in Privatgebäuden von der Amtshauptmannschaft benutzten Räume frei zu bekommen.

Wülthen. Eine seltene Liebhaberei leistete sich eine Witwe in einem benachbarten Orte, die vor nunmehr acht Jahren mit ihrem damals noch lebenden Ehegatten zwei Gänseriche kaufte, die die beiden Leute so lieb gewannen, daß sie, da sie selbst kinderlos waren, die beiden Tiere wie an Kindesstatt pflanzten. In fast ebenso großer Trauer wie durch den Tod ihres Gatten wurde die Frau durch die Erkrankung des einen Gänserichs versetzt, der sich mit seinem Artgenossen allmählich eine gewisse Bildung angeeignet hatte und regelrecht den Hofhund vertrat. Auch sonst waren beide Tiere sehr anhänglich und gelehrig. Als der kranke Gänserich schließlich geschlachtet werden mußte, war die Frau nicht imstande, das Fleisch zu genießen, obwohl ein Gänseleinchen sonst nicht verachtet wird. Sie schenkte ihn einem Verwandten, der auch den Versuch machte, den nahezu Neunjährigen weich und klein zu kriegen, was ihm aber trotz allen Mühen nicht gelang. Wie verläuft, soll der Mann sich weitere derartige Geschenke sehr energisch vorbehalten haben.

Dürresdorf. In einer der letzten Nächte war die Unterkunftsstätte auf der Eisenbahnstrecke der Papierfabrik Niederhelmsdorf erbrochen worden. Der Dieb hatte es auf den darin befindlichen Fernschreiber abgesehen, der mit allem Zubehör gestohlen worden war. Ein Spürhund der Gendarmerei verfolgte eine Spur nach Niederhelmsdorf bis in ein Haus, wo das gestohlene Gut gefunden wurde. Der Dieb, ein jugendlicher Arbeiter, wurde dem Gericht übergeben.

Meerane. Wegen unerhörten Preiswuchers wurde ein Materialwarenhändler zur Anzeige gebracht, der eine Stange Meerrettich im Gewichte von 1/2 Pfund für 9 M., (d. h. für das Pfund 36 M.) verkauft hatte, während nur ein Preis von höchstens 6 bis 8 M. pro Pfund angemessen ist.

Glauchau. Die Getreideabteilung des Bezirksverbandes erbrachte 1919/20 einen Reingewinn von 425 096 M., die Futtermittel 41 684 M., das Schlachtkonto 201 347 M., das Bekleidungskonto 44 228 M., während das Lebensmittelskonto 178 000 M. Verlust hatte. Die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer betragen 123 033 M., die aus dem Bezirkskleingeld annähernd 24 000 M.

Ceper. Das Mietelingsamt, dem 4 Hausbesitzer und 4 Mieter angehören, hat entschieden, die Mieten vom 1. Januar 1922 ab um 75% als Zuschlag des Friedenswertes vom Jahre 1914 zu erhöhen.

In einer nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde das Einführen von Wassermessern beschlossen. Man sieht sich hierzu gezwungen, da verschiedene Abnehmer durchaus nicht an Sparsamkeit im Wasserverbrauch sich gewöhnen wollen. In wasserarmer Zeit ergab das Messen des Zuflusses 10 Sekundenliter, das gibt auf den Kopf der Bevölkerung rund 100 Liter pro Tag. Trotz der Warnungen von Seiten des Rates gab es Einwohner, die die undichten Wasserhähne nicht in Ordnung bringen, ja sogar das Wasser aus den geöffneten Hähnen Tag und Nacht fließen ließen. Es sei sogar beobachtet worden, daß nachts auf die Wäsche Wasser laufen gelassen wurde. Die Kosten für die Wassermesser, gegen 250 M., hat der Hauswirt zu tragen.

Delsnig. An den Folgen einer Blutvergiftung, die von einem Furunkel im Gesicht ausgegangen ist, verstarb nach nur kurzem Wicken in Delsnig im besten Mannesalter der Arzt Dr. med. Kamrad. Während seiner kurzen Tätigkeit in Delsnig, seit Anfang Oktober hat sich der Verdorbene als ein geschickter Arzt und Chirurg erwiesen.

Plauen i. V. Das 200jährige Bestehen ihrer Kirche feiert am 10. Dezember die Luthergemeinde. Mit der Feier wird die Weihe eines Ehrenmales für die 700 im Weltkrieg fürs Vaterland gefallenen Mitglieder der Luthergemeinde verbunden sein.

Flaske in Washington?

Briand als Friedensstörer.

In Washington hat sich über Nacht eine ganz neue Situation ergeben. Kurz vor seiner Abreise hat Briand die Forderung erhoben, daß Frankreich nicht nur seine Armee in voller Höhe aufrechterhalten, sondern auch seine Flotte auf gleiche Stärke wie die japanische bringen dürfe. Dieses unerwartete Verlangen hat einerseits bei den Delegierten Italiens, der anderen Mittelmeeremacht, einen wahren Aufruhr hervorgerufen und sie sofort veranlaßt, dieselben Forderungen geltend zu machen, andererseits ist auch England tief verstimmt darüber, daß Briand, statt eine Verminderuna der französischen Flotte vorzunehmen,

auch in dieser Frage eine Sonderstellung Frankreichs verlangt hat. Die schon durch den Angoratomstift geschaffene Spannung zwischen England und Frankreich hat sich dadurch bedeutend verschärft.

Wie ernst zurzeit die Lage ist, ergibt sich aus einem Kommentar des „Daily Chronicle“, des bekannten Organs Lloyd Georges, das sich bezeichnerweise wie in der Angorfrage auch jetzt wieder durch seinen besonders scharfen Ton auszeichnet. Das Blatt schreibt, wenn Frankreich in dieser und in der U-Bootfrage nicht einlenke, würden unüberbrückbare Gegensätze entstehen. Die Washingtoner Konferenz sei nicht dazu da, um Frankreich allein von allen Abklärungsabkommen auszuschließen. Briand reise ab, und sein einziger Beitrag zur Konferenz sei gewesen, so gar eine Erörterung der Landabklärung unmöglich zu machen. „Manchester Guardian“ schreibt, die Reden Briands seien nur eine Aufreizung aller Nachbarn Frankreichs, ihrerseits ihre Rüstungen zu vervollkommen.

Die Bestimmung der Konferenz über die Forderungen Briands tritt auch dadurch zu Tage, daß, wie Kenter aus Washington erfährt, auf der Geheimhaltung der fünf Großmächte zur Erörterung der Landabklärung keine der Mächte irgendeinen Vorschlag unterbreitete, der als eine konkrete Erklärung zu Gunsten der französischen Haltung gegenüber der Frage der Herabsetzung der Heeresstärken angesehen werden könne.

Die große Kommission über die Landabklärungsfrage hat schließlich drei Unterkommissionen eingesetzt: für den Luftkrieg, für den Gaskrieg und für das Studium des Landkriegsrechtes.

Briands Absicht von Harding.
Inzwischen trifft Briand seine Abreisevorbereitungen. Durch Havas wird verbreitet, der Abschiedsbesuch, den Briand dem Präsidenten Harding abstatete, habe mehr als eine halbe Stunde gedauert und die Unterredung sei sehr herzlich, fast (h) freundschaftlich gewesen. Nach einer Meldung aus Washington tritt Admiral Beatty, der englische Marinebelegierte, die Rückreise nach England bereits am 30. ds. Mts. an. Damit scheint auch die Konferenz der Fachmänner, die die Pläne der Staatsmänner bearbeiten sollte, als überflüssig angesehen zu werden.

Soll das eine englische Drohung sein oder hat die Abrüstungspolitik in Washington bereits Flaske gemacht? Nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen ist man geneigt, das letztere anzunehmen.

Die kommunistische Aktion.

Einberufung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses.

Nachdem die kommunistische Aktion zugunsten der Achtstundentage, „Hungerstreiker“ mit einer glänzenden Blamage geendet hat, haben sich die zur Verhandlung mit dem Reichsjustizminister in Berlin anwesenden kommunistischen Abordnungen aus dem Reich als „provisorische Körperschaft“ konstituiert, um, wie die „Köte Fahne“ sagt, „die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen das herrschende politische System aufzurufen“. Das nächste Ziel der Kommunisten war, diese Körperschaft durch Einziehung der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zu einer Art Arbeiterparlament zu ergänzen und eine große Aktion für die politischen Gefangenen zu inszenieren. Alle Körperschaften lehnten jedoch eine Verhandlung ab. Selbst das unter U. S. P.-Führung stehende Gewerkschaftsamt Halle erklärte den beabsichtigten Generalstreik zur Befreiung der politischen Gefangenen für verpöchtigt. Nunmehr wurde ein letzter Versuch gemacht, die Betriebsräte von Groß-Berlin gegen den Willen der Partei und gewerkschaftlichen Führer für eine wilde Aktion, eventuell für einen Generalstreik zu gewinnen.

In einer auf Betreiben der Kommunisten einberufenen Versammlung der Betriebsräte fanden die kommunistischen Redner aber wenig Gegenliebe. Unter den zu der Besprechung erschienenen Betriebsräten überwiegen zahlenmäßig die S. P. D. und U. S. P.-Anhänger. Der größte Teil wandte sich scharf gegen einen Generalstreik. Man nahm dann eine Entscheidung an, in der der U. S. P. und die K. P. D. aufgeführt werden, innerhalb 14 Tagen einen allgemeinen deutschen Betriebsrätekongress nach Berlin einzuberufen. Falls der D. N. G. S. sich weigert, würde die aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien gewählte Kommission selbst den Kongress einberufen. Der Kongress soll eine Amnestie für die politischen Gefangenen zu erreichen suchen und die Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Besizenden (Schwerverworfene), die Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung der Lebensmittel und Verteilung durch die Organisation der Gewerkschaften und Betriebsräte verlangen.

Der Selbsterhaltungstrieb.

Die englische Industrie für Erleichterung der Reparationslast.

Allmählich bricht sich auch in den Ententeländern die Erkenntnis Bahn, daß die Londoner Reparationsbedingungen zum allgemeinen wirtschaftlichen Ruin Europas führen und die Alliierten schon aus Selbst-erhaltungsgründen ihre Reparationspolitik einer gründlichen Nachprüfung unterziehen müssen. Beachtenswerte Zeichen beginnender Einsicht zeigen sich von allem in England, das mehr als alle anderen Ententeländer durch den Niedergang des deutschen Wirtschaftslebens in Mitleidenschaft gezogen wird.

In einer Denkschrift des Sonderausschusses des „Bundes der britischen Industriellen“ heißt es über die Behandlung der Frage der deutschen Reparationen, daß der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt undurchführbar sei, und daß jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen müsse. Auf die jetzige Weise werde es schwierig sein, irgendeine Entschädigung von Deutschland zu erlangen.

„Wir sind der Ansicht“, heißt es in der Denkschrift weiter, „daß die Einleitung dieser Reparationen die Industrie Großbritanniens ernstlich erschüttern würde.“

tern würde, sofern nicht besondere Maßnahmen getroffen werden, um die Form der Zahlungen zu regeln. Die Stimmen darin vollkommen überein, daß Deutschland sich zum äußersten Maße seiner Fähigkeit halten soll. Wir sind jedoch der Ansicht, daß, um höherer Bedürfnisse der geringstmöglichen Schäden willen, die alliierten Regierungen neue Vereinbarungen in Betracht ziehen, die Bedingungen in verschiedenen Richtungen abzuändern, und wenn möglich, sogar bereit sein sollten, unter Berücksichtigung der Annahme dieser Abänderungen durch Deutschland die Last zu erleichtern, die Deutschland auferlegt wird.“

Am Schluß der Denkschrift heißt es: Wir haben es nicht für notwendig gehalten, in dieser Denkschrift die eingehende Ausarbeitung der Vorschläge zu bezeichnen, die wir unterbreiten. Wir glauben jedoch, daß diese Vorschläge vollkommen durchführbar sind, und daß nur auf dieser Grundlage eine für das Land bestrebende Lösung gefunden werden kann. Wir fordern daher die britische Regierung dringend auf, unsere Vorschläge in ernste und dringende Erwägung zu ziehen.“

Ein kommunistisches Idyll.

Trillerpfeifenkonzert im Preussischen Landtag.

Der Kampf um die neue Geschäftsordnung des Preussischen Landtages hat alle bisher erlebten Formen des parlamentarischen Meinungsstreites übertrifft. Die Mittwoch nachmittag begonnene Sitzung hat bis Donnerstag früh 1/6 Uhr gedauert. Die Diskussion der Kommunisten gegen die Weiterberatung der Geschäftsordnung wurde durch 64 namentliche Abstimmungen niedergelämpft. Schließlich wurde die neue Geschäftsordnung unter großem Lärm der Kommunisten endgültig angenommen.

Im Laufe der Sitzung kam es zu stürmischen Ausbrüchen, wobei die Kommunisten den Präsidenten Leinert mit Beschimpfungen überhäufte, die der Präsident unbeachtet ließ. Mit Trillerpfeifen, Riespfeifen, Stinkbomben und Stundenlangen Dauerreden suchte die kommunistische Fraktion unter Führung von Wolf Wolfstein und von Jwan Koj den Gang der Verhandlungen zu stören. Aber all ihre Mühen war vergebens. Ein Paragraf nach dem anderen wird von der treu ausdauernden Landtagsmehrheit angenommen, die kommunistischen Anträge dagegen werden restlos abgelehnt. Bei der namentlichen Abstimmung ließen sich die Herren von der äußersten Linken allerhand Mühen, indem einzelne elf und mehr Stimmgel mit ihrem Namen abgaben.

Zu einem weiteren Zwischenfall kommt es, als der Abg. Dr. Meyer-Lippmann (Komm.) eine Rede mit den Worten schließt: Auf Ihre Beschlässe pfeifen wir! Bei den letzten Worten zieht er eine Trillerpfeife aus der Westentasche und gibt damit das Signal zu einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert der Kommunisten.

Während dieses Pfeifkonzerts wird von der Mehrheit als Datum des Inkrafttretens der neuen Geschäftsordnung der 1. Dezember 1921 angenommen. Ein Kommunist warf auf der rechten Seite des Hauses eine Stinkbombe ab, die nicht explodierte. Ein Diener wurde herangerufen, um das verdächtige Objekt beiseite zu schaffen. Währenddessen wurde mit Trillerpfeifen und auf Hausgeschloßeln ein ohrenbetäubender Lärm veranstaltet. Ein kommunistischer Antrag, das Rauchen zu gestatten, wurde abgelehnt. Trotzdem wird entgegen dem Einspruch des Präsidenten von männlichen und weiblichen Kommunisten mit dem Rauchen begonnen.

Nach stürmischer Geschäftsordnungsdebatte wird die nächste Sitzung auf Donnerstag nachmittag 3 Uhr festgesetzt.

Politische Rundschau

— Berlin, 25. November 1921.

— In Ausführung des Gesetzes über den Volksentscheid ist jetzt eine Reichsabstimmungsordnung verfaßt worden, die dem Reichstag noch vor Weihnachten ausgehen soll.

— Nach dem bisherigen Verlauf der Steuerberatungen in den Ausschüssen hält man es in parlamentarischen Kreisen für ausgeschlossen, daß die Steuergeetze noch vor Neujahr verabschiedet werden.

— Die Mitglieder des Internationalen Arbeitskongresses in Genf haben auf ihrer Studienreise durch Deutschland in München verschiedene Industriewerke besucht.

— Der Präsident der Berliner Handelskammer Franz von Mendelssohn ist zum Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskongresses gewählt worden.

:: Kollet in Erfurt und Hanau. General Kollet beauftragte das Werk Erfurt der Deutschen Werke, in dem u. a. auch General Ingenohl anwesend war. An der Bestätigung, die etwa zwei Stunden dauerte, nahm auch der Betriebsrat teil. In der sich anschließenden Besprechung meinte General Kollet, indem er besonders auf den Bau von Schreibmaschinen hinwies, daß sich das Werk vollkommen umstellen lasse. Auch die Fabrikation von Jagdmaschinen müsse Frankreich als gefährlich angesehen. Als der Betriebsrat den General Kollet darauf hinwies, daß er die Fabrikation von Militärmaschinen unter allen Umständen verhindern würde, sagte General Kollet in deutscher Sprache: „Das sagen Sie, aber nicht Ihre Kinder.“ — Von Erfurt begab sich General Kollet nach Hanau, wo er das Werk Wolfgang besichtigte. Der Zweck des Besuchs war, das von der Werkleitung der Entente schon früher vorgelegte Fabrikationsprogramm nachzuprüfen.

:: Eine Rede Stegerwalds in Amsterdam. Am Mittwoch hat der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald in Amsterdam die Lage Deutschlands auseinandergesetzt. Zur Frage der Schuldfrage an Kriege, auf die der ganze Versailler Vertrag sich stützt, erklärte Stegerwald, kein Deutscher könne anerkennen, daß Deutschland der einzige Staat ist, der Schuld am Kriege hat. Das deutsche Volk will alle die Verpflichtungen, die es auf sich genommen hat, erfüllen. Es hofft aber, daß die Vermunft einmal an Stelle des Versailler Vertrages treten wird. Nur dann wird die große Weltkatastrophe vermieden werden können. Frankreich könne eine neue Flotte her-

...atmosphäre schaffen, wenn es seinen früheren Feind ritterlich und ehrlich behandle. Zwei Dinge sind notwendig: Eine Währungsseinheit auf internationaler Grundlage und ein Moratorium für einige Jahre für die deutschen Zahlungsverpflichtungen. Der deutsche Reichstag ist bereit, die drückendste Steuerpolitik zu führen. Auch die Kreditaktion der Industrie ist eine notwendige Bedingung für den Wiederaufbau Deutschlands. Es ist klar, daß Deutschland in den nächsten Jahren von allen Völkern der Welt am meisten arbeiten muß. Nur ein Wunsch man in Deutschland: Einen festen Grund, auf dem man bauen kann und einen freien Blick in die Zukunft.

Erhöhung der Verbrauchssteuern. Der Reichstagsausschuß für die Verbrauchssteuern hat die neuen Zollsätze für Bananen (Doppelzähler 10 Mark), Datteln und Traubenrosinen (60 Mark), Kakao (10 bis 50 Mark) und Gewürze (50 bis 100 Mark) festgelegt. Die Abstimmung über die Zollsätze für Kaffee, Kakaobohnen, Kakaoshalen, Tee, Kakaobutter, Kakaopulver und Schokolade wurde zunächst noch ausgesetzt.

Die man Professor wird. Wenig erfreuliche Dinge, die allerdings noch genauer Nachprüfung bedürfen, wurden in einer Wahlversammlung in Blankenburg verhandelt, in der auch der braunschweigische sozialistische Ministerpräsident Sepp Dertter vorgenommen wurde. Nach der Rede Dertters ergriff der Psychotherapeut Otto Otto, dem das braunschweigische Kultusministerium den Professorentitel verlieh und dann wieder entzog, das Wort und erzählte der Versammlung, auf welche Weise und warum ihm der Professorentitel verliehen und wieder entzogen worden sei. Als er noch in gutem Einvernehmen mit Dertter gestanden habe, habe sich ihm Dertter angeboten, ihn für einige Hundert Pfund Sterling als Geschäftsführer einer psychotherapeutischen Schule nach England zu begleiten. Er habe Dertter auch ein Darlehen von 20000 Mark gegeben, dieses aber noch nicht zurückbekommen. Nachdem Otto Otto auf Kabinetsbeschluss der Professorentitel längst entzogen war, habe ihm Dertter die Wiederverleihung des Professorentitels versprochen unter der Bedingung, daß Otto Otto den Minister nach England mitnehme. Nachdem der Tumult, den die Rede Ottos hervorgerufen hatte, sich einigermaßen gelegt hatte, gab Dertter auf die nochmalige Frage Ottos, ob er das Darlehen erhalten habe, dies zu. Dertter hat wegen dieser Beschuldigung ein Verfahren gegen sich veranlaßt und die Behörden mit der Aufklärung beauftragt.

Bergt über die Lage.

Offenbach, 24. November. In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach der Parteilord Herrgert. Eine Mitschuld der Reichsregierung an dem Schicksal Oberschlesiens sei gegeben, erstens durch ihre Passivität, zweitens durch ihren falschen Illusionismus in bezug auf England, drittens in dem Versprechen an dem Nichtzustandekommen einer einheitlichen deutschen Abwehrfront und viertens in der Ablehnung der Proteste. Bei der Kritisierung der Koalitionsparteien im Reich und in Preußen bedauerte Herrgert, daß die Deutsche Volkspartei ihre Hand zu der sog. großen Koalition gegeben habe und wies auch die Anschließung unfruchtbarer Opposition zurück. Die Politik der Zukunft müsse die Koalition der großen Rechte sein, die alle Nationalgeheimnisse umfaßt.

Stinnes wieder in Deutschland.

London, 24. November. Stinnes hat England wieder verlassen und befindet sich auf der Rückreise nach Deutschland. Man erwartet, daß er oder sein Vertreter den offiziellen Regierungskreisen Mitteilung von seinen Londoner Eindrücken machen wird, obwohl er, wie nochmals hervorgehoben sei, ohne Fühlung mit der Reichsregierung nach London gefahren ist.

Das Befinden des Prinzen Oskar.

Berlin, 24. November. Im Befinden des Prinzen Oskar ist insofern eine Veränderung eingetreten, als die Magen- und Darmerschließung sich wieder verschlimmert hat. Der Prinz litt infolgedessen unter erheblichen Beschwerden, Uebelkeit und Erbrechen. Er konnte nur sehr wenig Nahrung zu sich nehmen. Die Erschöpfung ist sehr groß. Der Zustand gibt weiter zu ernstem Besorgnis Anlaß.

Französischer Schwinkel.

München, 24. Novbr. Wegenüber der Washingtoner Behauptung Briands, daß der bayerische Ministerpräsident sich gerührt habe, über ein Heer von 300 000 Mann samt Ausrüstung zu verfügen, wird halbamtlich erklärt, sie entspreche in keinem Punkte der Wirklichkeit. Niemand habe ein bayerischer Ministerpräsident diese oder eine ähnliche Äußerung getan.

Rundschau im Auslande.

Österreich plant die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich. Das in der Hauptsache Ausländern verliehen werden soll, die sich um die Hilfeleistung des Auslandes für die notleidende österreichische Bevölkerung Verdienste erworben haben.

In der Tscheco-Slowakei wurde der Besondere und Wäberverkehr mit Ungarn im ganzen Umfang wie vor der Mobilisierung wieder aufgenommen.

Die italienische Regierung hat von der bisher der preussischen Krone gehörigen Villa Falconieri in Frascati bei Rom jetzt offiziell Besitz ergriffen.

In London wurde eine internationale Konferenz für die Frage der Grandtransports zur See eröffnet, an der 14 Nationen beteiligt sind.

Präsident Harding hat eine Bill unterzeichnet, die die Verwendung alkoholischer Getränke zu ärztlichen Zwecken beschränkt.

Österreich: Scharfe Maßnahmen gegen Valutaschieber.

Die österreichische Regierung will mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem Raatschlägerischen Treiben der Valutaschieber- und Spekulantens ein Ende machen. Nach einem vom Finanzministerium beschlossenen Gesetz wird jeder Wertpapierbesitzer allmonatlich eine Abgabe von 100 Kronen in Gold zahlen müssen. Ferner

wird die Teilnahme an Winkelspielen sowie die Verschwendung von an solchen Spielen erzielbaren Gewinnen mit Arrest bis zu einem Jahre und Geldstrafen von einer Million Kronen geahndet.

Schlesien: Oberschlesien im Prager Parlament.

Im Prager Abgeordnetenhaus wurde von allen deutschösterreichischen Abgeordneten eine dringliche Interpellation über die Rolle der Tscheco-Slowakei in der aderschlössischen Frage überreicht. Es heißt darin u. a.: „Bei seiner jüngsten Umwandlung in Prag hat der polnische Minister des Auswärtigen, Siermunt, dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch gegenüber lautstark hervorgehoben, daß die Stellung Oberschlesiens hauptsächlich der Duldung des Herrn Ministerpräsidenten zuzuschreiben werden könne. Bei dieser Haltung des Ministerpräsidenten erscheine die schwere Deutalisierung der Bevölkerung berechtigt, die auf Verträge zurückzuführen ist, daß zwischen Polen, Tschechen und Franzosen Abmachungen über Besetzung weiterer Teile Oberschlesiens getroffen worden seien. Es wird gefragt, ob der Ministerpräsident bereit ist, ernstlich und offen die Uninteressiertheit der tscheco-slowakischen Regierung an Oberschlesien zu erklären, da durch die Entscheidung des Obersten Rates die im Friedensvertrag enthaltenen Voraussetzungen für den Anfall des Deutschösterreichischen Gebietes wegfallen.“

Belgien: Die endgültigen Wahlergebnisse.

Bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften gewannen die Katholiken acht Sitze; die Sozialisten verloren vier Sitze. Der Befehlstand der Liberalen blieb unverändert. Die Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Frontpartei, die Mittelstandspartei und die Partei der nationalen Wiedergeburt verloren je einen Sitz. Von den der Neuwahl unterliegenden 93 Sitzen im Senat erzielten die Katholiken 42, die Sozialisten 33 und die Liberalen 18.

Frankreich: Der Wiederaufbau.

Die Abstimmung, die der Ausschuß für den Wiederaufbau in den elf in Frage kommenden Dörfern des Sommes gebiets veranlaßt hat, ergab einen Durchschnitt von 84 Prozent für die Beschäftigung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau. Das heißt also vier Prozent mehr, als verlangt wurde. Als der Sekretär des Ausschusses dieses Ergebnis dem Wiederaufbauminister Doumer mitteilte, erklärte dieser, daß er sich gegen die Annahme deutscher Arbeitskräfte einzuwenden habe unter der doppelten Bedingung, daß sie nur für diesen Zweck gebraucht und das Abkommen mit der deutschen Regierung abgeschlossen würde. Er erklärte außerdem, daß er in Erwartung der Fortsetzung dieses Abkommens sich verpflichtet, ohne Aufschub nach den verschiedenen Dörfern der roten Zone 5000 italienische Arbeiter zu entsenden, die dort arbeiten würden, bis die deutschen Arbeitskräfte eintreffen. — Eine Anzahl französischer Arbeiterführer, darunter Jouhaux, ist nach Berlin gereist, um mit den deutschen Sozialisteführern über den Wiederaufbau der elf Städte in Nordfrankreich weiter zu verhandeln.

Irland: Ein blutiger Tag.

Bei den Zusammenstößen in Belfast am 21. November betragen die Verluste 11 Tote und etwa 100 Verwundete. Am Mittwoch nachmittag wurden bei neuen Schießereien eine Frau getötet und vier Personen verwundet. Mehrere Straßenbahnwagen wurden von Schüssen durchbohrt. 45 politische Gefangene sind aus dem Gefängnis Kilenny durch einen von ihnen gegrabenen unterirdischen Gang ausgebrochen. Auch im Gefängnis von Galway unter nahmen 40 politische Gefangene einen Ausbruchversuch, nachdem sie zuvor einen Brand angelegt hatten. Bei dem entstandenen Kampfe wurden 5 Gefangene und 5 Wärter verwundet.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp. (33. Fortsetzung.)

Seit der unerwarteten Rückkehr Egon's war er über die Geschehnisse auf Belonen stets auf dem laufenden geblieben. Er kannte die „Zemination“ bereits früher als der Gutsbesitzer. hielt es diesmal aber für angebracht, Stillschweigen zu beobachten. Mit scharfem Verstand ausgerüstet, kombinierte er, daß die nächsten Tage Aufklärung in ganz anderem Sinne bringen müßten, als die alarmierende erste Zeitungsmeldung von der Totschlag. Zu dieser Ansicht war er gekommen, als er ersah, daß der Ingenieur Hinrichsen die Behauptung aufgestellt hatte, sein Bruder müsse einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein. Brachte er, Kohlrath hiermit die Tatsache in Verbindung, daß dieser Bruder noch kurz vorher an der Verlobungsfeier teilgenommen hatte, daß Egon von der Baroness direkt zu einer Gewalttat gegen den Bräutigam Adeles aufgefordert worden war, so lag die Vermutung eines Verbrechens allzu nahe.

Egon hatte keine Kenntnis davon gehabt, daß sich außer dem Bräutigam auch noch dessen Bruder als Gast in Belonen befand. Er kannte nur den Namen Hinrichsen, mußte weder seinen Stand, noch hatte er Kenntnis von der Art und Weise, wie die Bekanntschaft zwischen Adele und dem Ingenieur zustande gekommen war. Er konnte auch nicht wissen, daß der wirkliche Bräutigam auf dem Gute Belonen selbst sein Tomzill hatte.

Wie leicht war es nun möglich, daß Egon den ersten fremden Menschen auf Belonen Gebiet, der den Namen Hinrichsen führte, für den Bräutigam gehalten, und da es vielleicht zufällig der Kaufmann gewesen, diesem auf seiner Reise ins Gebirge gefolgt war? Er, Kohlrath, glaubte an ein Verbrechen, nicht an eine Totschlag. Er glaubte um so lieber daran, als es besser in seine eigenen Pläne paßte.

Für die nächsten Tage mußte er sich noch abwartend verhalten. Dann sollte der Kampf beginnen. — Alle fühlten, daß etwas in der Luft lag, was die Spannung mit jedem weiteren Tage erhöhte und schließlich zur Entladung führen mußte. Unheilsvogel erschien der einen Partei das heranziehende Gewitter; erlösend und befreiend erschien es der anderen. Das war die richtige schwüle Atmosphäre, wo ein Blitz zünden mußte, wenn er einschlug. Und er schlug ein. Es war ein Zeitungsartikel mit der Überschrift: Sensationelle Abwendung in der Totschlagangelegenheit des Hamburger Handelshauses Overdiehl und Cie. Er lautete:

Die neueren Untersuchungen in dem von und kürzlich gemeldeten Verfall, wonach ein Angestellter dieser Firma namens Hinrichsen, dem der Verkauf eines größeren Grundstückes bei dem Kurort Meisenstein übertragen worden war, unter Annahme der zur Auszahlung an die Verläufer bestimmten Summe von 250 000

Mark ins Ausland geschickt sei, haben die Annahmen einer Totschlagung nicht einwandfrei bestätigt. Dem emsigen Nachforschungen der zuständigen Behörde, die neuerdings durch demoberte Beamte aus der Reichshauptstadt unterstützt wurde, ist es vielmehr gelungen, Anhaltspunkte zu ermitteln, die den Verdacht zulassen, daß Hinrichsen einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Der Bersholens soll in Meisenstein mit einem Kurgäste näher Bekanntschaft geschlossen haben, der sich v. Hohenau nannte und als nervenleidendes Gelehrtes austrat, in Wirklichkeit aber Egon v. Hagen hieß und der ungeratene Sproß einer alten, in Norddeutschland begüterten Familie war. Belobend für diesen ist außer der Führung eines falschen Namens der Umstand, daß er den Kurort fast mit demselben Zeitpunkt verlassen hat, an welchem Hinrichsen verschwand. Der Verdächtige besaß weder Gepäck, noch erhielt er während seines Kuraufenthaltes Besichtigungen zugesandt. An den gemeinschaftlichen Mahlzeiten nahm er nicht teil und galt für menschlich. Wegen verschiedener Delle, die ihn sonst mit dem Strafichter in Verbindung gebracht hätten, mußte er vor Jahren das Ausland aufsuchen. Seine Familie hat sich von ihm losgelöst. In dem Fremdenbuche seines Hotels hatte v. Hagen als seinen Wohnort Dresden angegeben, doch haben die inzwischen angestellten Nachforschungen diese Angaben nicht bestätigt. Sein augenblicklicher Aufenthaltsort ist unbekannt. Er trug einen goldenen Schlangenring in dessen Stein ein Totenkopfe eingegraben war.

Wieder und wieder las der Baron den Artikel, wobei ihm die Buchstaben vor den Augen auf und niedertanzten, weil seine Hände zitterten. Bleich und fast leblos wie ein versteinertes Gipsenkopf lag er vornübergebeugt in seinem bequemen Lehnstuhl und starrte auf die gegenüberliegende Wand. Dämmig schon war ihm das Blatt entglitten.

Das war ein fürchterlicher Schlag! Wie würde Agnes diese Unglücksbotschaft aufnehmen in ihrem angegriffenen Zustand? O, was das Leben noch zu ertragen nach diesem Keulenschlag? Wie würden jetzt seine Feinde frohlocken! Die Parpatis an der Spitze. Er war in der Gesellschaft einfach unmöglich geworden. Er war tot! Seine Junge war wie gelähmt. Nicht einmal einen Fluch konnte er sammeln.

Hätte sich doch die Erde aufgetan und Egon damals verschluckt, als er knall und Fall sein Regiment verlassen mußte. Weshalb mußte dieser Stroh wieder nach Deutschland zurückkehren, um neuen Schimpf auf den geschüttelten Namen v. Hagen zu häufen? Aber da war der Teufel im Bunde mit ihm, um die Familie ganz zugrunde zu richten! Einen Mord traute man ihm zu! So welt war es schon mit ihm gekommen! Er, der Baron, Vater eines Mörders! (Fortsetzung folgt.)

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Kollierungen der Berliner Börse am

	24. 11.	23. 11.	1914
100 holländische Gulden	10114	9840	167 — M.
100 belgische Franken	1928	1913	80, — "
100 dänische Kronen	6219	6134	112, — "
100 schwedische Kronen	6643	6523	112, — "
100 italienische Lire	1161	1138	80, — "
1 englischer Pfund	1133	1111	20, — "
1 Dollar	288	278	4,20 "
100 französische Franken	1933	1963	60, — "
100 tschechische Kronen	295	288	—, — "

Kleine Nachrichten.

Der bekannte Berliner Dramatiker und Erzähler Felix Philipp ist im 71. Lebensjahre gestorben.

Kirchen-Nachrichten.

1. Advent — Sonntag den 27. November 1921.
Lekt: Römer 13, 11—14. — Lied: 27.
Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei: Sup. Michael. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Moser.
Jennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst im Pfarrhause.
Schönfeld. 9 Uhr Festgottesdienst.
Johnsdorf. 7/8 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11/11 Uhr Kindergottesdienst. 1/2 Uhr Unterredung mit den Jungfrauen.
Kippdorf. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Fischer. 1/11 Uhr Kindergottesdienst: derselbe.
Kreitzsch. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst. 1/4 Uhr Taufgottesdienst.
Ossa. 9 Uhr Predigtgottesdienst; darauf Kindergottesdienst.
Pöfendorf. 1/9 Uhr Beichte und Abendmahlfeier: Pastor Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Radler. 1/2 Uhr kirchliche Unterredung mit der konfirmierten Jugend aus allen Ortschaften der Pfarre: Pfarrer Radler. 5 Uhr Abendmahlsgottesdienst in der Kirche: Pastor Vorwerk.
Reichardt. 1/9 Uhr stille Abendmahlfeier. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Reinhardtsgrimma. 1/9 Uhr Beichte. 9 Uhr Predigtgottesdienst und heilige Abendmahlfeier: Pastor Krüger—Dresden.
Rappendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. 1/2 2 Uhr Taufgottesdienst.
Schellerbau. 9 Uhr Predigtgottesdienst; anschl. Abendmahl (Kirche geheizt) 5 Uhr Advents-Kindergarten im Pfarrhause.
Wärenburg. 1/3 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle; anschließend Abendmahl. (Kapelle geheizt)
Schmiedeberg. 1/9 Uhr Abendmahlfeier. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Kindergottesdienst. — Pfarrer Friedrich.
Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlfeier.

Letzte Nachrichten

Der Sturz in den Abgrund.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlaet, steht das Reichsfinanzministerium auf dem Stadtpunkte, daß die Tarife der Post und Eisenbahn noch erhöht werden müssen, und zwar noch über den jetzt geplanten Umfang (Erhöhung der Eisenbahn zum 1. Februar 1922 und der Post um das Fünfzehnfache der Friedenssätze), weil die Reparationskommission derartige Verlangen gestellt hätte und ein weiteres Anleihen der Tariffschrauben wünscht, da sie die Tarife noch für niedrig hält. Die Regierung begünstigt damit das Streben nach weiteren Lohnerhöhungen und treibt den Markwert weiter auf den Nullpunkt. Die Regierung erklärt, die Tarife auf das Dreifache des Friedenspreises erhöhen zu müssen. Warenpreise und Gehälter werden also auf dieser Leiter folgen.

General Carrall gegen die Etsch-Losbringer.
 Straßburg, 24. November. Straßburger Blätter geben mit Entrüstung eine Rede wieder, die der frühere Oberkommandierende der Orientarmee, General Carrall in einer Versammlung bei Paris gehalten hat. Der General äußerte, man dürfe nicht verhehlen, daß die Etsch-Losbringer ihren Militärdienst in der deutschen Armee geleistet haben, und daß sie Soldaten des Kaisers waren. Ich für meinen Teil, so erklärte der General, habe keinerlei Vertrauen gegen sie und möchte diese Gesellschaft niemals kommandieren. Die Blätter fordern eine schnelle Erklärung Carralls über diese Äußerung.

- Wetter - Ausblicke.**
- 27. November: Wolken, normal temperiert, Strichweis Niederschlag.
 - 28. November: Wolken, teils Sonne, wenig veränderte Temperatur.
 - 29. November: Neuschnee, Niederschlag.
 - 30. November: Bedeckt, ziemlich milde.
 - 1. Dezember: Wenig verändert.
 - 2. Dezember: Wolken, teils Sonne, raub, windig.
 - 3. Dezember: Strichweis Niederschlag, sonst kaum Änderung.

XL ordentliche evangelisch-lutherische Landesynode.

Es war nur eine ganz kurze Tagung von zwei Tagen, zu welcher diesmal die Synode zusammenkam. Die Hauptarbeit ist in der letzten Zeit in den Ausschüssen und Gruppen und namentlich im Verfassungskomitee, welcher den Entwurf zur neuen Kirchenverfassung durchgearbeitet hat, geleistet worden und wird noch geleistet.

In der 30. Sitzung am 22. November nahm die Synode zur Frage des Konfirmandenunterrichts Stellung. Ein Antrag aus Leipzig forderte eine Änderung der Bestimmungen über die Zulassung zur Konfirmation. Die Synode nahm aber von solchen Änderungen Abstand, weil erst vor einem Jahre diese

Frage vorläufig geordnet worden sei. Ferner wurde betont, daß mit dem neu eingeführten kirchlichen Ergänzungunterricht, welcher für solche Kinder, die keinen oder keinen genügenden Religionsunterricht empfangen haben und doch konfirmiert werden sollen, einzuwirken ist, gute Erfahrungen gemacht worden seien.

Am zweiten Verhandlungstage in der 31. Sitzung waren es in der Hauptsache Finanzfragen, welche die Synode beschäftigten. Es wurde beschlossen, daß die Befolgung der Geistlichen entsprechend der Aufbesserung der Dienstverdienste der Staatsbeamten und Lehrer, sobald als nur möglich neu geordnet und daraufhin gewirkt werden soll, daß auch die Bezüge der Geistlichen und Kirchenbeamten im Ruhestande und diejenigen ihrer Hinterbliebenen entsprechend erhöht und ebensolange ausbezahlt werden. Die Grundzüge für die Einkufung der Geistlichenstellen nach der letzten Befolgungsordnung sollen nachgeprüft werden.

Große Schwierigkeiten bereitet immer wieder die Kirchensteuerfrage. Da die Landeskirche zurzeit nicht in der Lage ist, die ihr zustehenden Kirchensteuern für 1920 und 1921 zu erheben und zwar deshalb, weil die endgültige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer noch nicht erfolgt ist, und da Mittel dringend gebraucht werden, faßte die Synode folgenden Beschluß: Es soll den einzelnen Kirchengemeinden empfohlen werden, daß sie schleunigst an die einzelnen Kirchengemeindeglieder mit der Aufforderung herantreten, schon jetzt Abschlagsbeträge auf die voraussichtlich erst im Jahre 1922 zur Erhebung gelangenden endgültigen Kirchengemeindefeuer auf das Rechnungsjahr 1920 und auch die vorläufige Kirchengemeindefeuer auf das Rechnungsjahr 1921 an die Kirchenkasse einzuzahlen. Die Zuschläge der Kirche würden mindestens 5% der Steuerbeträge der Reichseinkommensteuer betragen. Die gezahlten Abschlagsbeträge sollen auf die künftige zu erhebenden Kirchengemeindefeuer in Anrechnung gebracht werden, oder, soweit dies technischen Schwierigkeiten begegnen sollte, als von der Kirche bis Ende 1922 zurück zu erstatten und verzinsliche Darlehen angeben werden.

Längere Verhandlungen löste die Befolgung der kirchenmusikalischen Beamten, die durch ein diesbezügliches Gesetz des Landesvereins kirchenmusikalischer Beamten veranlaßt war, aus. Die Synode erkannte dabei dankbar an, daß die große Mehrzahl der im kirchenmusikalischen Dienste tätigen Lehrer trotz der Trennung des Schul- und Kirchenamtes, trotz der gesehlichen veränderten Verhältnisse ihrem Amte treu geblieben sind. Sie spricht aber die Erwartung aus, daß die Gemeinden, auch wenn sie bereits in anerkennenswerter Weise über die Mindestsätze der Befolgung hinausgegangen sind, gemäß der demnächst erscheinenden Verordnung des Landeskonfistoriums eine wesentliche Erhöhung der Bezüge ihrer Kirchenmusiker entsprechend der Geldentwertung und dem Maße der kirchlichen Tätigkeit umgehend bewilligen. Sie ermahnt das Kirchenregiment, die Befolgung dieser Kirchenmusiker in Verbindung mit den übrigen Verbindnissen nach Gehör der Wünsche der Beteiligten halbtunlich kirchengefährlich zu regeln.

Nach Schluß der Tagung teilte der Präsident der Synode, Bürgermeister Dr. Seepin, mit, daß die Arbeiten des Verfassungsausschusses soweit fortgeschritten seien, daß beim Wiederzusammentritt der Synode Mitte Januar das Ergebnis derselben der Vollsynode vorgelegt werden könne. Voraussetzlich werde dann die neue Kirchenverfassung in einem Zuge durchgearbeitet und zu Ende geführt werden. Hierauf erklärte Präsident Dr. Böhme die Landesynode im Namen des Kirchenregiments für vertagt.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden am 24. November 1921.

Kauftrieb	Wertklassen	Preise für 50 kg im Lebendgewicht	Schlachtgewicht
I. Rinder: A. Ochsen.			
1.	Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	900-950	1625-1700
2.	Junge, fleischige, nicht ausgewachsene, ältere ausgewachsene	600-700	1200-1350
3.	Mäßig genährte junge, gut genährte ältere	400-500	925-1075
4.	Gering genährte ältere jed. Alters	250-300	725-875
B. Bullen.			
1.	Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes	800-900	1400-1500
2.	Vollfleischige jüngere	600-700	1175-1300
3.	Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	400-500	900-1050
4.	Gering genährte	250-350	700-850
C. Rinder und Rasse.			
1.	Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes	900-950	1625-1700
2.	Vollfleischige, ausgewachsene Rasse höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	650-750	1300-1450
3.	Ältere, ausgewachsene Rasse und gut entwickelte jüngere Rasse und Rassen	500-600	1100-1250
4.	Gut genährte Rasse und mäßig genährte Rassen	350-450	900-1050
5.	Mäßig und gering genährte Rasse und gering genährte Rassen	250-300	750-850
D. Ferkel.			
1.	Gering genährtes Jungvieh im Alter v. 3 Mon. bis zu 1 Jahre II. Rasse.	-	-
559	1. Doppelpender	-	-
	2. Beste Rasse und Saugläder	900-1000	1400-1500
	3. Mittlere Rasse und Saugläder	750-850	1250-1350
	4. Geringe Rasse	550-650	1050-1150
III. Schafe.			
63	1. Vollwolle und jüngere Masthammel	700-750	1400-1475
	2. Ältere Masthammel	475-575	1050-1175
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Werschafe)	350-400	950-1000
IV. Schweine.			
270	1. Vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	1500-1600	1950-2050
	2. Fleischweine	1600-1700	2050-2150
	3. Fleischweine	1250-1350	1700-1800
	4. Gering entwickelte	1100-1200	1550-1650
	5. Sauen und Eber	1250-1450	1650-1850

Häute und Felle

läuft zu höchsten Preisen
 Bernh. Arnold,
 Logenbergl, Gerberplatz.

Stroh

läuft
 Carl Oppelt, Dippoldiswalde,
 Telefon 162.
Häcksel (en gros)
 (en detail)

Dreschmaschinen-Oel

sowie sämtliche
 Motoren, Maschinen-Oel usw.
 wie auch alle anderen einschlägigen
 Artikel empfiehlt I. Bekannter Witte

Vermann Lommigk,
 Drogerie zum Eisenstein,
 Dippoldiswalde.

gute Photographie.

Jeden Sonntag und Mittwoch ist das
photographische Atelier von Otto Meier
 speziell für Kinder-Aufnahmen gut geeignet.

Suche zum 1. Januar ein
 ordnungsliebendes
Mädchen
 das gut melken kann.
 Ruhe,
 Brauerei Dippoldiswalde.

Bäcker,
 an selbständiges arbeiten ge-
 wöhnt, der auch in Küche oder
 Hauswirtschaft hilft, baldigst ge-
 sucht. Angebote mit Gehalts-
 nach und Alter erbittet
H. Ditrich,
 Obermühle Langenau
 bei Freiberg.

**Silzschuhe,
 Filz- u. Cord-
 Pantoffeln**
 — Handarbeit, gute Ware —
 empfiehlt
Margarete Breich,
 Schmiedberg,
 Bauereien.

2 gebrauchte Brillen
 ohne Notizen,
2 Nordfischen
 zu verkaufen.
Gennig, Freiburger Str.
 210, p.

Kalbe,
 18 Wochen tragend, schwarzbunt,
 recht zu verkaufen oder ist auf
 Schlachtvieh zu veranschlagen bei
Max Koller, Obercaasdorf.

**Unmoderne
 Hüte**
 werden wieder auf neu vorge-
 richtet in der
Färberei Kunst.
 Willtenkarten C. Jehn

Wurst.
 Heute frische
Hammelfleisch
 empfiehlt
 Richard Begler.

Herdbuch-Bullen
 ganz hochtragend und frischmelk — sowie einen 3 1/2 Jähr. Schwein
 äußerst preiswert bei mir zum Verkauf.
P. Wolf, Dippoldiswalde
 Tel. 175.

**Wähler jeden Standes
 von Kipsdorf**

laßt Euch in Bezug auf denunzierende, falsche
 Veröffentlichung der einzelnen Wahlvorschläge
nicht irre führen!

Das nennt man Pflege
 des Deutschtums. **Karl Giebe.**

Kärntner-Lotterie

zum Besten des Grenz-Deutschtums.
 Hauptgewinne
1 elegantes Schlafsimmer-Einrichtung
1 Küchen-Einrichtung
 sowie andere wert-
 volle Gewinne. **Loose zu 5 Mark**
 in den durch Plakat erkennlichen Geschäften und bei mir
 zu haben.
Ziehung am 12. bis 14. Dezember 1921.
 Arbeitsgemeinschaft f. d. Grenz- u. Auslands-Deutschtum
Warenhaus Leon Leibner,
 Dippoldiswalde, am Bismarckplatz.

Moderner Zahnersatz

in höchster Vollendung. Mäßige Preise
Dentist Schubert Dippoldiswalde
 Markt.

Ich komme nächster Tage nach Kipsdorf u. H. zur Vertilgung von
 Ratten, Mäusen, Wenzeln, Schwaben.
 Stetlich lange koniert. Weitere Verteilungen erbeten an
 Remm-jäger Heiler, Kipsdorf, postlagernd.

Stelle ab heute Freitag einen frischen Transport
**erstkl., jung. schwerer
 Oldenburger
 Wesermarsch-
 Kühe**



Herdbuch-Bullen

P. Wolf, Dippoldiswalde

**Jugendverein
 Oberfrauendorf**

Sonntag den 27. November
ff. Damen-Ball
 in bekannter Gemütlichkeit. — Anfang 6 Uhr. Ende: Am Schluß.
 Durch Damen und Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich
 willkommen. D. B.

Jugendverein „Seestern“.

Sonabend den 26. November im Gasthof „Seebild“, Paulsdorf
gemütliches Vereins-Bergnügen
 mit Ueberreichung — Anfang 7 Uhr —
 wogu alle Mitglieder sowie eingeführte Gäste herzlich einladet
 der Vorstand.

Jugendverein Dreieinigkeitt.

Sonabend den 26. November im Gasthof Reinholdshaus
Unterhaltungsabend,
 bestehend in Liedern zur Laute, ernsten- und heiteren Vorträgen.
Nach diesem folgt ein gemütliches Tanzgen.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. D. B.

**Weizen, Roggen
 Gerste u. Hafer**

kaufen zu höchsten Tagespreisen
Ehrlich & Hillig, Pößendorf.
 Anlieferung kann jederzeit nach unserem Pößendorfer Lager
 erfolgen.
 Fernsprecher Kreitzka 80, Brettl Postkoppel 75.

**hochtragender
 Zucht-
 Kühe**



preiswert zum Verkauf.
Anton Glöckner, Dippoldiswalde.
 Tel. 59.

Hermine Grahl

beweise allezeitige Teilnahme sagen wir hierdurch
 unsern herzlichsten Dank.
 Ruppendorf, 25. November. Familie Wolf.

in Be-
 der C.
 Schlot-
 Schell-
 28. No-
 von 8-
 hier zu
 Befell-
 oben f-
 Dip-
 in Sch-
 Schmir-
 waren,
 bödie i-
 Barja-
 Ein-
 Dip-
 Q 427/
 Bri-
 Dip-
 lauen
 Linden
 schänke
 zu tra-
 Unterbo-
 noch fe-
 (als Dr-
 der La-
 vierstim-
 nach h-
 weihen
 deutsche
 fang v-
 Von d-
 Markt-
 Han F-
 Samme-
 Kramla-
 hatte e-
 über sei-
 noch lei-
 des Ver-
 Mitglie-
 Schmid-
 Hoffes F-
 eine ne-
 Männer-
 Verein
 Offenst-
 seinem o-
 feste ein-
 wünsch-
 — 9-
 in der P-
 vorliegen-
 darbiet-
 der turn-
 vorführ-
 besteht.
 ein Reig-
 fahrt der
 Rheinitz
 Winger
 lebendig
 leben lä-
 fest. G-